

Demokratie als Aufgabe

Von FELIX ZU LÖWENSTEIN S.J.

Während des zweiten Weltkrieges führten die westlichen Alliierten ihren Kampf unter der Losung: „Für Freiheit und Demokratie!“ Es war darum nicht anders zu erwarten, als daß sie nach dem Siege den demokratischen Gedanken in Deutschland auch zu verwirklichen suchen würden. Zwar führten sie nicht sogleich eine demokratische deutsche Regierung ein; sie errichteten zunächst eine Militärdiktatur, der aber vom ersten Anfang an die Aufgabe gestellt war, das deutsche Volk zum demokratischen Denken „umzuerziehen“ und allmählich demokratische Staatsformen einzuführen.

Wie das so unter Menschen geht, waren denn auch allsogleich die Demokraten in großer Zahl zur Stelle — die echten und die Mitläufer. Sicher gab es nicht wenige, die wirklich „immer schon“ demokratisch gesinnt gewesen waren und diese Gesinnung in nicht wenigen Fällen mit Exil und KZ hatten büßen müssen. Es wäre aber mehr als erstaunlich gewesen, wenn bei allen, die sich damals als gut demokratisch bezeichneten, die Gesinnung ebenso tief gesessen hätte. Zwölf Jahre einer leidenschaftlichen antidemokratischen Propaganda gehen nicht spurlos an einem Volk vorüber. Zwölf Jahre sind eine lange Zeit. Die ganze Generation derer, die 1945 um die zwanzig Jahre alt waren, hatte ja über Demokratie nie etwas anderes gehört als das, was Hitler und seine Sprachrohre über die „korrupten“ und „unfähigen“ westlichen Demokratien zu sagen gehabt hatten. Aber auch unter den Älteren, die noch die Zeit vor 1918 gekannt hatten, gab es viele, für die das Wort Demokratie noch aus der damaligen Zeit einen unsympathischen Klang hatte. Die Weimarer Zeit war eben viel zu kurz; sie war vor allem viel zu arm an äußerlich sichtbaren, glänzenden Erfolgen, als daß sich im deutschen Volk ein solch starkes, stolzes demokratisches Bewußtsein hätte entwickeln können, wie es Völker kennen, die auf eine lange, glorreiche demokratische Tradition zurückblicken, ja vielleicht gar keine andere kennen.

Immerhin, man war „demokratisch gesinnt“. Aber die Zeit blieb nicht stehen, und je weiter sie sich von dem furchtbaren Zusammenbruch des Jahres 1945 entfernt, desto mehr werden auch andere, teils zweifelnde, teils ausgesprochen antidemokratische Stimmen vernehmbar. Nicht von ungefähr berät man bereits ein „Gesetz zum Schutze der Demokratie“. Man will kein zweites 1933 erleben. Aber so notwendig das auch vielleicht sein mag, so ist doch sicher, daß keine Demokratie der Welt bloß durch Gesetze erhalten werden kann. Will sie bestehen, so müssen ihre Staatsbürger wirklich überzeugte Demokraten sein. Können wir das sein? Können wir das als Christen sein? Es ist das eine Frage, die man weder mit einem raschen, selbstverständlichen Ja, noch mit einem radikalen Nein beantworten kann. Es liegen hier Probleme, die durchdacht sein wollen. Überzeugung (wenn sie nicht fanatisch sein soll) kann nur entstehen durch persönliche Auseinandersetzung mit den Problemen.

Nun würde es sich nahelegen, zu allererst zu sagen, was Demokratie denn eigentlich sei, also eine Definition an die Spitze zu stellen. Aber wenn ein und dasselbe Wort Dinge deckt, die so himmelweit verschieden sind wie etwa ein altgriechischer Stadtstaat und die Vereinigten Staaten von Amerika, so entgegengesetzte Dinge wie die westlichen Demokratien und die „Volksdemokratien“ des Ostens, wird mit einer abstrakten Definition, die man aus all dem etwa herausziehen wollte, praktisch kaum viel anzufangen sein. Tatsächlich gilt doch heute weitgehend die Definition: „Demokratie ist das, was ich darunter verstehe“, und je nach der persönlichen Einstellung des einzelnen ist Demokratie dann entweder gleich Paradies auf Erden, oder gleich Korruption, Parteiengezänk und Unfähigkeit. So kommt man nicht weiter.

Eine geschichtliche Betrachtung dürfte mehr Hilfe bieten. Eine solche aber zeigt sehr rasch, daß das, womit wir heute praktisch zu tun haben, sehr wenig mehr mit altgriechischen Demokratien oder mit bestimmten demokratischen Bestrebungen des Hochmittelalters und der beginnenden Neuzeit gemein hat. Die moderne Demokratie, wie sie heute vor uns tritt, ist etwas sehr klar Umrissenes. Sie nimmt ihren Anfang mit Rousseau, Voltaire, den Enzyklopädisten, den großen und kleinen Vorläufern der Französischen Revolution. Der Gedanke springt über nach der Neuen Welt (Lafayette — Benjamin Franklin), findet seine erste große Verwirklichung in den Konstitutionen der Vereinigten Staaten, wird weitergepflegt von freimaurerischen oder der Freimaurerei nahestehenden Kreisen des 19. Jahrhunderts, dringt 1918 machtvoll auf den alten Kontinent zurück und wird uns seit 1945 von amerikanischer Seite von neuem gebracht.

Vielleicht ist es aber bis jetzt zu wenig beachtet worden, daß auch dieser neuzeitliche demokratische Gedanke in neuester Zeit eine sehr wesentliche Umgestaltung erfahren hat. Der Grund dafür liegt wohl vor allem in der Veränderung der politischen Verhältnisse. Die älteren Verfechter der demokratischen Idee kämpften gegen die Monarchie — die absolutistische im 18. und die konstitutionelle Monarchie im 19. Jahrhundert. Infolgedessen setzten sie Demokratie gleich Republik. Allerdings folgten sie darin auch der klassischen Tradition; denn von Aristoteles über die großen Scholastiker des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit bis in die neueste Zeit hinein hatte man immer die Dreiteilung gekannt: Monarchie (bzw. Tyrannis) — Aristokratie (bzw. Oligarchie) und Demokratie.¹ Seit 1918 aber ist die Monarchie als Gegenstück zur Demokratie weitgehend verschwunden. Dafür tritt seit dem Ende der zwanziger Jahre ein neuer Feind auf: die Diktatur.² Gegen die

¹ Thomas von Aquin unterscheidet allerdings noch zwischen Politie als der guten Form der Volksherrschaft und Demokratie als ihrer schlechten Form (De Regim. Princ. I. 1, c. 1).

² Papst Pius XII. macht hier noch einmal eine Unterscheidung zwischen „Autoritarismus“ und „Totalitarismus“. Er erklärt diese Begriffe nicht weiter, doch wird man kaum fehlgehen in der Annahme, daß er mit „Autoritarismus“ Staatsformen im Auge haben dürfte, wie sie in Spanien und Portugal verwirklicht wurden, mit „Totalitarismus“ dagegen den Faschismus, Nationalsozialismus und Bolschewismus (Ansprache an die Rota Romana vom 2. Okt. 1945, A. A. S. 1945, S. 257).

Diktatur stellten sich die konstitutionellen Monarchien von Westeuropa (England, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden) auf die Seite der demokratischen Republiken. Das führte dazu, daß Demokratie heute nicht mehr als Gegensatz zur Monarchie empfunden wird. Es wäre wohl nicht leicht zu sagen, wer als erster den revolutionären Umschwung vorgenommen hat, nun auch die konstitutionelle Monarchie in den Begriff Demokratie einzuschließen.³ Tatsache ist, daß diese Auffassung heute Allgemeingut geworden ist. In seiner Weihnachtsansprache 1944 sagte Papst Pius XII. ausdrücklich: „Die Demokratie, im weiten Sinn des Wortes verstanden, läßt verschiedene Formen zu und kann in der Monarchie wie in der Republik verwirklicht werden.“⁴

Wenn also Demokratie nicht mehr einfach Republik bedeutet, was bedeutet sie dann praktisch? O. von Nell-Breuning sagt⁵: „Das eigentliche Anliegen der Demokratie ... ist offenbar dieses, die Herrschaft im Staate nicht in den Händen irgendwelcher Bevorrechtigter, sondern in den Händen des ‚Volkes‘ zu sehen ... Sie (die Volksgenossen) müssen rechtlich befugt sein, auf die Staatsgeschäfte Einfluß zu nehmen. Das aber bedeutet in irgendeinem Grade Beteiligung an der Herrschaft im Staate.“ Und Pius XII. sagt in der erwähnten Weihnachtsansprache 1944: „Wenn darum nach ‚mehr Demokratie und besserer Demokratie‘ gerufen wird, so kann eine solche Forderung keine andere Bedeutung haben als diese, daß man den Staatsbürgern immer mehr die Möglichkeit biete, sich eine eigene, persönliche Meinung zu bilden, sie auszusprechen und ihr Geltung verschaffen zu dürfen in einer Art und Weise, die dem Allgemeinwohl zuträglich ist.“⁶ Das Bonner Grundgesetz erklärt den § 1 des Artikels 20: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ im anschließenden § 2 folgendermaßen: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie (also die Staatsgewalt) wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt.“ Mit anderen Worten, der heutige Begriff der Demokratie besagt nichts anderes als eine Staatsform, die im Gegensatz zur Diktatur (und auch zur absolutistischen Form der Monarchie) dem Staatsbürger weitgehende Freiheiten zusichert und ihn zur Mitarbeit und Mitverantwortung an den öffentlichen Angelegenheiten heranziehen will.

Damit aber entfallen viele Einwände und Hemmungen, die mehr „rechts“ gesinnte Menschen gegen die Demokratie haben mochten. In der Tat gibt

³ Im Jahre 1926 gibt Aug. Pieper gleichsam zögernd zu, eine konstitutionelle Monarchie werde zwar mitunter auch eine Demokratie genannt, eine solche nähere sich dann aber der Scheindemokratie (Artikel „Demokratie“ im Staatslexikon, 5. Auflage). Cathrein dagegen kennt auch in der Auflage seiner „Philosophia Moralis“ vom Jahre 1927 diese Gleichsetzung noch nicht.

⁴ A. A. S. 1945, S. 12. Deutsche Übersetzung in W. Jussen: „Gerechtigkeit schafft Frieden. Reden und Enzykliken des Heiligen Vaters, Papst Pius XII.“ Hansa-Verlag, Hamburg 1946.

⁵ Artikel „Demokratie“ in: „Beiträge zu einem Wörterbuch der Politik“, Heft II, „Zur christlichen Staatslehre“, Freiburg 1948, Herder. An dieser Stelle sei nachdrücklich auf diese Schrift hingewiesen. Ihre kurzen, lexikonartigen Artikel eignen sich gut zu gemeinschaftlichem Studium in Arbeitskreisen u. dgl.

⁶ A. A. S. 1945, S. 13.

es in der konkreten heutigen Situation gar keine andere Wahl als entweder eine solche (republikanisch oder monarchisch konstituierte) Demokratie oder aber die Diktatur.

Gegen die letztere Staatsform allerdings findet Papst Pius XII. scharfe Worte: „Eine gesunde Demokratie, die auf den unveränderlichen Grundsätzen des Naturgesetzes und der geoffenbarten Wahrheit steht, wird sich entschlossen jener Verderbnis entgegenstellen, die der staatlichen Gesetzgebung eine Macht ohne Zaum und Grenze einräumt.“⁷ Auch die sogenannte „gute Diktatur“, an die heute so manche denken, ist eine Staatsform, die als System ungeheure Gefahren in sich birgt. Wer will verbürgen, daß der Mann, dem solche unbeschränkte Machtfülle in die Hand gelegt würde, die sittlichen Eigenschaften besitzt, daß er sie nicht mißbraucht? Und selbst wenn er sie hätte, wenn bis zu seiner Wahl nur Gutes von ihm gesagt werden könnte — die Machtballung in der Hand eines einzelnen, ohne Kontrolle, ist eine gewaltige Versuchung, die größte Versuchung vielleicht, die es für einen Menschen geben kann. Ganz abgesehen davon, daß dieses Rufen nach der „starken Hand“, die „endlich einmal Ordnung schaffen“ sollte, doch in sich selber unwürdig ist. Es ist nichts anderes als eine Kapitulation vor Schwierigkeiten, ein Ausweichen vor eigener Verantwortung; es war gerade die Haltung, die 1933 viele veranlaßte, einem Hitler ihre Stimme zu geben.

Wer immer also gegen die Diktatur ist — er mag im übrigen mehr für Republik oder mehr für Monarchie sein, mehr für eine starke Stellung des Staatsoberhauptes oder mehr für eine Einschränkung seiner Vollmachten, mehr föderalistisch oder mehr zentralistisch — er ist einfach schon auf der Seite der Demokratie, so wie dieses Wort heute verstanden wird.

Damit ist aber die Problematik der Demokratie, auch und gerade die der neuzeitlichen, noch keineswegs erschöpft. Versucht man die Einwendungen, die man heute hören kann, zusammenzufassen, so gibt es deren, wie es scheint, besonders zwei, die eine weltanschaulich-christlicher, die andere politisch-praktischer Natur.

Die Frage, die sich von der Seite der christlichen Weltanschauung ergibt, und die manche ernste Christen heute durchaus bewegt, kann man vielleicht so fassen. Wenn es wahr ist — und es läßt sich das gar nicht bestreiten —, daß der moderne demokratische Gedanke jedenfalls unmittelbar nicht aus dem christlichen Lager stammt, sondern aus dem rationalistischen der Aufklärung, müssen wir Christen ihn dann nicht grundsätzlich ablehnen? Müssen wir dann nicht nach einer Staatsform suchen, die christlichem Denken, etwa dem des Mittelalters, entspringt?

Es wird der Klärung dieser Frage dienen, den Grundgedanken der modern-demokratischen Idee von ihrem Beiwerk zu trennen.

Zwar ist es wahr, daß die großen katholischen Denker der Vergangenheit in ihrer überwiegenden Mehrheit die (republikanische) Demokratie als eine

⁷ A.A.S. 1945, S. 17.

weniger gute Staatsform bezeichnet und sich darum für die Monarchie ausgesprochen haben. Es ist aber auch wahr, daß sie nicht nur die (republikanische) Demokratie eine durchaus mögliche Form der Regierung nennen, gegen die vom christlichen Standpunkt aus nichts einzuwenden sei, solange sie dem Allgemeinwohl diene, sondern daß sie den Grundgedanken des heutigen Wortes „Demokratie“, nämlich die recht verstandene Freiheit der Staatsbürger und deren weitgehende Beteiligung an den öffentlichen Geschäften durchaus bejahen.

Bedenken dagegen erscheinen bei näherer Betrachtung nicht als stichhaltig. So der Einwand, Demokratie setze doch mit Notwendigkeit den Gedanken der Volkssouveränität voraus, dieser aber sei von der Kirche ausdrücklich verurteilt. Zunächst ist es nicht so, als wäre die Lehre von der Volkssouveränität von Rousseau erfunden, wie manche zu meinen scheinen. Rousseau hat sie nur entsprechend seiner rationalistischen Denkweise verzerrt. Die Lehre von der Volkssouveränität selbst, die Lehre also, daß der ursprüngliche Träger der von Gott stammenden Autorität das geeinte Staatsvolk sei, stammt nicht von ihm; sie ist vielmehr ein echtes scholastisches Erbgut.⁸ Papst Pius XII. weist ausdrücklich darauf hin, wenn er sagt: „...die bevorzugte These der Demokratie — eine These, die auch ausgezeichnete christliche Denker aller Zeiten verteidigt haben — nämlich daß der ursprüngliche Träger der von Gott stammenden staatlichen Autorität das Volk (nicht die ‚Masse‘) sei...“⁹ Nur die von manchen nichtchristlichen Denkern vertretene Auffassung, die Staatsautorität stamme vom Volk und nicht vielmehr von Gott, wurde von der Kirche verurteilt. Im übrigen ist es aber auch gar nicht notwendig, den Gedanken der Demokratie mit der Lehre von der Volkssouveränität zu unterbauen; er läßt sich sehr wohl auch durch rein praktisch-politische Überlegungen begründen.¹⁰

Noch weniger kann gegen den Grundgedanken der Demokratie das System des Mehrheitsbeschlusses vorgebracht werden, an dem manche sich stoßen. Wie kann durch Mehrheitsbeschluß, so fragen sie, jemals Recht geschaffen werden? Aber kann denn Recht überhaupt je von Menschen im eigentlichen und letzten Sinn „geschaffen“ werden? Ist es nicht vielmehr so, daß Recht immer nur befunden, näher umschrieben, im einzelnen festgelegt und dann als positives Gesetz „gesetzt“ wird? Jeder Gesetzgeber, ob Einzelmensch oder Menschengruppe, wird letztlich die Gesetzgebung nach dem Naturgesetz ausrichten müssen. Und nur soweit, als seine Gesetze mit den ewigen Gesetzen in Einklang stehen, schafft er wirklich Recht. Mehrheitsbeschluß als solcher und nur deswegen, weil es mehr sind, schafft tatsächlich niemals Recht, wohl aber kann eine Mehrheit das finden, was wirklich Rechtens ist.

⁸ Eine Tatsache, die zum Beispiel Gerhard Kroll in „Was ist der Staat?“, München 1950, weitgehend zu übersehen scheint.

⁹ Ansprache an die Rota Romana, A. A. S. 1945, S. 259.

¹⁰ Vgl. zur ganzen Frage der Volkssouveränität den gleichnamigen Artikel von O. v. Nell-Breuning a. a. O. S. 47/48 ff.

So scheint es also, daß gegen den Grundgedanken der Demokratie von seiten des christlichen Glaubens kein Einwand erhoben werden kann. Es wäre aber überraschend, wenn eine in ihrer heutigen Gestalt von nicht-christlichen Denkern stammende Idee nicht auch die Eierschalen dieses Ursprungs an sich trüge, wenn der zu bejahende Grundgedanke nicht begleitet und umrankt wäre von Vorstellungen, die wir als Christen nicht bejahen können. Sieht man nun die moderne Demokratie, so wie sie sich uns darbietet, an, so findet man, daß es tatsächlich so ist. Vor allem scheinen es drei Dinge zu sein, die wir als Christen nicht bejahen können: die grundsätzliche oder praktische Leugnung der Autorität, die Vorstellung von der gesellschaftlichen Gleichheit der Menschen und der Glaube an die absolute Freiheit.

Die grundsätzliche oder praktische Leugnung der Autorität. Nach J. J. Rousseau soll der „Gesellschaftsvertrag“ in der Weise vor sich gehen, daß die an sich völlig unverbundenen Einzelmenschen aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen sich zusammenschließen; dabei werfen sie gewissermaßen ihre individuellen Autoritäten zusammen, woraus dann die Staatsautorität entstehe. Diese werde dann einem Bestimmten übertragen, dem sie, wenn berechtigte Gründe vorliegen, wieder entzogen werden kann. Es stellt sich die Frage: Vor wem beugt sich bei einer solchen Auffassung der Mensch eigentlich? Im Grunde genommen doch vor niemand als vor sich selbst. Es zeigt sich hier jene grundsätzliche, leidenschaftliche Leugnung des Autoritätsgedankens schlechthin, der sich bei allen Rationalisten findet und sich zum Teil aus ihrer Weltanschauung erklärt, zum Teil aus der tatsächlichen Überspitzung und dem Mißbrauch der Autorität durch das absolutistische Königtum. Und dieses „non serviam“, ich diene nicht, ist doch weitgehend in das Empfinden vieler moderner Demokraten übergegangen. Gerade im Gespräch mit Amerikanern wird das uns Deutschen immer wieder bewußt. Nicht nur die Worte „Fürst“ und „König“, sondern der bloße Gedanke an den Volksschullehrer oder Kirchenschweizer erfüllt die meisten Amerikaner mit einem tiefen Mißbehagen. Daß selbst die Kindererziehung möglichst autoritätsfrei durchgeführt werden soll, mag eine Modeerscheinung sein, die sich nicht halten wird; sie paßt aber durchaus in dieses Grundgefühl hinein.

Das aber ist eine Haltung, die wir als Christen niemals mitvollziehen können. Im Gegenteil. Der Grundgedanke des vierten Gebotes ist doch eben der, daß es sehr wohl „gesetzte“, nicht bloß von mir übertragene Autorität gibt. Der Vater, der Lehrer, der Träger der staatlichen Autorität, sie alle tragen in sich kraft des Amtes, das sie innehaben, vorgegebene Autorität. Das vierte Gebot verlangt von uns die Anerkennung, die Bejahung, das Sich-Beugen vor ihr. Es ist das eine Grundhaltung christlicher Existenz. Es ist aber auch eine Forderung echten politischen Sinnes. Das Gegenspiel und Zerrbild echter Autorität ist ja die brutale Gewalt; das Gegenstück freiwilligen Gehor-

sams die Versklavung. Wer den echten Autoritätsgedanken untergräbt, bereitet den Weg der Diktatur.

Das zweite ist die Vorstellung von der gesellschaftlichen Gleichheit der Menschen. Der Gedanke der Gleichheit aller Menschen hat zweifellos einen sehr tiefen und sehr wahren Sinn. Er ist nicht, wie in der Zeit des Nationalsozialismus häufig behauptet wurde, der größte Menschheitsbetrug. Er bedeutet erstens die Gleichheit vor Gott. Nicht als ob alle Menschen vor Gott gleich wären, da Gott doch sieht, daß der eine ein Sünder, der andere ein Heiliger ist, aber in dem Sinne, daß alle Menschen in dem, was zutiefst ihr Menschsein ausmacht, gleich sind. Daß sie alle mit Vernunft und freiem Willen begabt sind, ein unvergängliches geistiges Sein in sich tragen, von Gott berufen und bestimmt sind zu einer übernatürlichen Ordnung der Gnade in diesem Leben und der Anschauung Gottes nach dem Tode, daß Gott jeden Menschen mit dem unbegreiflichen Geheimnis seiner göttlichen Liebe umfängt und — daß wir Menschen diese letzte, alle Unterschiede übersteigende Gleichheit in uns selbst und in jedem Einzelnen achten sollen. Der Gedanke der Gleichheit bedeutet zweitens die Gleichheit vor dem irdischen Gesetz. Wiederum nicht, als ob die Menschen vor dem Gesetze alle gleich wären, wo doch der eine ein Verbrecher, der andere ein ehrenhafter Bürger ist (wie schwer ist es doch, sich anders als mißverständlich auszudrücken!), sondern in dem Sinn, daß jeder Mensch den unabdingbaren Anspruch besitzt, nach Recht und Gerechtigkeit behandelt zu werden, nicht nach Willkür.

Dagegen kann der Satz von der allgemeinen Gleichheit der Menschen nicht bedeuten, daß alle Menschen soziologisch gleich seien. Offenkundig ist, daß der eine groß, der andere klein, der eine gescheit, der andere dumm, der eine faul, der andere fleißig, der eine tüchtig, der andere unzuverlässig ist. Diese persönlichen Ungleichheiten aber werden unfehlbar alsbald auch soziale, gesellschaftliche Unterschiede mit sich bringen. Es gibt daher keine menschliche Gesellschaft, in der alle gleich wären. Der „gleiche Start“ der liberalistischen Wirtschaftsauffassung ist eine Illusion; in Wirklichkeit ist er nie und nirgends gegeben. Ein Volk ist eben nie, wie alle Rationalisten das gern haben möchten, eine Summe gleicher Individuen; es ist immer einem wohlgegliederten Organismus zu vergleichen, in dem es Über- und Unterordnungen gibt und geben soll. Über- und Unterordnungen — man fühlt, wie dieser zweite Punkt mit dem ersten innerlich zusammenhängt. Und wiederum ist diese organische Auffassung der menschlichen Gesellschaft nicht nur eine Forderung der christlichen Gesellschaftslehre, sie ist auch eine solche politischer Vernunft. Wer eine angebliche gesellschaftliche Gleichheit der Menschen betreibt, betreibt in Wirklichkeit nur die Vermassung und bereitet darum auch von dieser Seite der Diktatur den Weg.¹¹

Das dritte, was wir als Christen an dem modern-demokratischen Gedanken, wie er sich uns heute praktisch darbietet, nicht bejahen können, ist der

¹¹ Vgl. den Artikel „Zeitalter der Masse“ in dieser Zeitschrift, April 1950.

Gedanke der absoluten Freiheit. Dieser Grundgedanke des Liberalismus ist von seiner Wurzel im französischen Rationalismus und der englischen Aufklärung her verderbt. Gewiß, man kann es in etwa verstehen, daß jene Männer des 17. und 18. Jahrhunderts mit Leidenschaft um Freiheit kämpften. Es war manches zu eng im geistigen wie im politischen Raum. Aber sie wollten alle Bande sprengen und jede Bevormundung abschütteln und landeten so schließlich in jener Vorstellung allgemeiner Duldsamkeit, die heute noch so vielen Menschen Dogma ist. Und ist nicht eben diese allgemeine Duldsamkeit die Crux aller modernen Demokratien? Allgemeine Duldsamkeit in einem Staat geht nämlich nur so lange, als alle gewillt sind, „fair play“ zu spielen. Was geschieht aber, wenn auch nur ein einziger Staatsbürger das nicht mehr tut? Wenn er die Demokratie als solche ablehnt? Was, wenn nicht nur einer, sondern viele, eine ganze politische Partei das tut? Was gar, wenn eine demokratische Regierung sich zwischen zwei Keile eingeklemmt sieht, einer extremen Rechten und einer extremen Linken, die beide grundsätzlich die Demokratie leugnen? Sie kann von zwei Dingen nur eines tun. Entweder bei ihren Prinzipien bleiben, gegen alle duldsam sein, dann schaufelt sie sich das eigene Grab und kann sich am Kalender ausrechnen, wann sie nicht mehr sein wird, — oder sie geht eben mit Gewalt gegen diese Störenfriede vor, dann verleugnet sie ihre eigenen Prinzipien und gerät in eben jene Diktatur, die sie bekämpfen wollte. Das ist das Dilemma, das sich aus einer falsch verstandenen, einer absolut verstandenen Freiheit ergibt.

Das Christentum steht immer für die Freiheit. Es setzt die Freiheit voraus und schafft Freiheit. Aber es hat nie die absolute Freiheit gemeint. Das Christentum hat Freiheit immer als die Freiheit zum Guten verstanden (im Gegensatz zum Zwang zum Guten, den der Nationalsozialismus so manches Mal versucht hat). Diese Freiheit zum Guten schließt selbstverständlich auch die Freiheit ein, das Böse zu bekämpfen. Auch hier gilt also, daß wir sowohl vom christlichen als auch vom politischen Standpunkt aus die Freiheit zu allem, die Freiheit auch zum Gemeinen, Gotteslästerlichen, Sittenverderbenden ablehnen und uns einsetzen müssen für die Freiheit, das Gute zu tun und das Böse zu bekämpfen.

So ist der Vorbehalt, den manche von ihrer christlichen Weltanschauung her der Demokratie gegenüber machen zu müssen glauben, durchaus nicht unbegründet. Nur trifft er nicht so sehr den Grundgedanken der Demokratie als das liberalistische Beiwerk, das ihn tatsächlich gegenwärtig noch weitgehend umgibt.

Noch größer vielleicht ist der Kreis derer, die gegen die Demokratie Einwände praktisch-politischer Art machen. Sie meinen, die Demokratie sei viel zu ideal gedacht. Sie setze Eigenschaften in den Menschen voraus, die diese nicht besitzen. So komme es, daß neben der sehr schönen Idee einer wahren Demokratie meist die sehr unschöne Wirklichkeit stehe, in der es gar keine Demokratie gebe, sondern allenfalls eine Scheindemokratie.

Tatsächlich ist die Gefahr der Scheindemokratie vielleicht das ernsteste Problem der Demokratie.

Welch hohe Anforderungen der demokratische Gedanke an ein Volk und seine Vertreter stellt, hat in klassischer Weise Pius XII. dargelegt:

„Da der Schwerpunkt einer normal konstituierten Demokratie in jener Volksvertretung liegt, von der die politischen Strömungen in alle Bezirke des öffentlichen Lebens ausstrahlen — zum Guten wie zum Bösen —, ist in einem demokratischen Regime die Frage nach dem moralischen Hochstande, der praktischen Eignung, der geistigen Fähigkeit der zu diesem Parlament Abgeordneten für die Gesamtheit des Volkes eine Frage von Leben und Tod, von Gedeih oder Verderb, von Genesung oder dauerndem Siechtum.

Um eine fruchtbare Tätigkeit zu entfalten, um Achtung und Vertrauen zu erwerben, muß jede gesetzgebende Körperschaft — wie unzweifelhafte Erfahrung beweist — in ihrem Schoß eine Auslese von Männern sammeln, die sich als die Vertreter des gesamten Volkes fühlen und nicht als Beauftragte einer Gruppe, deren Sonderinteressen nur allzu oft die Anliegen und die wahren Bedürfnisse des Allgemeinwohls geopfert werden. Eine Auslese von Männern, die nicht beschränkt sein soll auf irgendeinen Beruf oder Stand, die vielmehr die Vielfalt des Lebens im Gesamtvolk widerspiegeln soll. Eine Auslese von Männern mit fester, christlicher Überzeugung, gerechtem und sicherem Urteil, praktischem und ausgeglichenen Wesen, sich selbst in allen Lagen treu; Männer mit klaren und gesunden Ansichten, in ihren Zielen beharrlich und getreu; Männer vor allem, fähig kraft der Autorität, die ihrer lautereren Gesinnungen entspringt und weithin um sie ausstrahlt, Führer und Häupter zu sein, besonders in Zeiten, in denen drückende Nöte das leicht zu beeindruckende Volk in einen überreizten Zustand versetzen, und es Betrug und Selbsttäuschung leichter zum Opfer fallen lassen; Männer, die in Zeiten des Umbruchs, die meist von Leidenschaften, von der Verschiedenheit der Meinungen und gegensätzlichen Programmen zerrissen und zerwühlt sind, die doppelte Verpflichtung fühlen, in die von tausend Fiebern brennenden Adern des Volkes und des Staates das geistige Gegengift einer klaren Sicht, dienstwilliger Güte, einer allen gleich wohlwollenden Gerechtigkeit, des Willens zur Einheit und nationalen Eintracht im Geiste wahrer Brüderlichkeit einzufußeln.

Die Völker, deren geistige und sittliche Eigenart genügend gesund und fruchtbar ist, werden in ihrer eigenen Mitte die Wortführer und Werkzeuge der Demokratie finden und der Welt schenken können, die in solcher inneren Haltung leben und sie wirklich in die Tat umzusetzen wissen. Wo hingegen solche Männer fehlen, werden andere kommen und ihren Platz einnehmen, um aus der politischen Tätigkeit einen Tummelplatz ihres Ehrgeizes zu machen, ein Rennen um ihren eigenen Vorteil oder den ihrer Kaste oder den ihrer Klasse, wobei die Jagd nach den Sonderinteressen das wahre Allgemeinwohl aus dem Blickfeld rückt und gefährdet.“¹²

Wo solche Menschen fehlen, droht in der Tat die Gefahr der Scheindemokratie. Es droht die Gefahr des Bürokratismus und der Parteiherrschaft.

Bürokratismus. Wer kennt ihn nicht? Und doch sind sich durchaus nicht alle darüber klar, was Bürokratismus denn eigentlich sei. Es ist nicht einfach die Tatsache, daß ein weit ausgedehnter Behördenapparat vorhanden ist. Ein hochentwickeltes, mehr als 60 Millionen zählendes Volk kann ohne einen solchen Verwaltungsapparat gar nicht leben. Bürokratismus bedeutet den Zustand, in dem sich der Verwaltungsapparat in alles und jedes hineinmischet, bis in die privatesten Sphären des Lebens; bedeutet, daß das Volk diesen Verwaltungsapparat nicht mehr als ein nützliches und segensreiches Instrument empfindet, ohne das die vielfältigen Aufgaben des öffentlichen Lebens nicht bewältigt werden könnten, sondern als eine Last, manchmal als eine geradezu unerträgliche Last. Bürokratismus bedeutet, daß der Staat sich weit über die eigentlichen Belange ausdehnt; bedeutet Mangel an Selbstverantwortung und Selbstverwaltung der engeren gesellschaftlichen Lebens-

¹² A. A. S. 1945, S. 16/17.

kreise. Um es mit dem entsprechenden Wort christlicher Soziallehre zu bezeichnen: Bürokratismus bedeutet Mißachtung des Subsidiaritätsprinzips.

Das ist nur dann möglich, das wird aber auch immer dann eintreten, wenn es im Volk an selbständigen Persönlichkeiten, an selbständigen Gruppen fehlt, wenn das Volk eben nicht mehr Volk ist, sondern „Masse“. „Die Masse ist der Hauptgegner der wahren Demokratie und ihres Ideals der Freiheit und der Gleichheit.“¹³ In diesem Zustand des Bürokratismus besteht tatsächlich keine Demokratie mehr, sondern eine bloße Scheindemokratie. Es ist nicht mehr das Volk, das maßgebenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte nimmt. Es ist doch wieder der Zustand der Zweiteilung eingetreten. Das Volk wird regiert von einer volksentfremdeten Oberschicht, der Bürokratie.

„Parteiherrschaft“, „Parteigezänke“, „Parteiwirtschaft“, das sind wohl die Vorwürfe, die der Demokratie am häufigsten gemacht werden. Und auch sie können Berechtigung haben.

Was ist denn eigentlich eine Partei? Merkwürdigerweise finden die politischen Parteien in den wenigsten demokratischen Verfassungen Erwähnung. Das Bonner Grundgesetz ist eine der ersten Verfassungen, die die Parteien ausdrücklich nennen und ihre Tätigkeit umschreiben. Artikel 21 (1): „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben. (2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche, demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig ...“ Und über den Abgeordneten sagt Art. 38 § 1: „Die Abgeordneten des deutschen Bundestages ... sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

Parteien sind also an sich keine Einrichtungen des Staates, sondern des Volkes. Weil in modernen Großstaaten eine unmittelbare Teilnahme an den Staatsgeschäften nicht möglich ist, braucht es eine Volksvertretung. Damit diese Volksvertretung wirklich die Ansichten des Volkes widerspiegeln, schließen sich politisch Gleichgesinnte zu Parteien zusammen, um durch diese Parteien in der Volksvertretung ihrer Meinung Geltung zu verschaffen. Um gesund zu sein, müssen politische Parteien erstens und vor allen Dingen sich als Diener und Träger des Ganzen fühlen, nicht als Vorkämpfer von Sonderinteressen ohne Rücksicht auf oder gar gegen das Ganze. Diesen Willen, dem Ganzen zu dienen und es mitzutragen, müssen sie sich besonders dann wahren, wenn sie in der Opposition stehen. Sie müssen zweitens den Willen haben — fast klingt es merkwürdig, daß man das erst sagen muß —, für das, was sie vorbringen, auch selber einzustehen. Was soll man von Parteien sagen, die, wenn sie in der Opposition stehen, Vorschläge machen und

¹³ Pius XII. a. a. O. S. 14.

Anträge einbringen, nur um dadurch Stimmen zu gewinnen, aber ohne entfernt die Absicht zu haben, gegebenenfalls selbst die Regierung zu übernehmen und diese Vorschläge durchzuführen? Und endlich sollten die Parteien eben wirklich Gruppen politisch Gleichgesinnter sein.

Wie aber, wenn es in einem Volke nur verhältnismäßig wenige gibt, die überhaupt eine überlegte politische Meinung besitzen? Wenn die große Mehrheit sich gar nicht um eine solche bemüht? Dann wird mit Notwendigkeit der Zustand entstehen, daß einige wenige einen Parteiapparat aufziehen und jetzt versuchen, so viele „Stimmen“ als möglich auf sich zu ziehen, um so zur Macht im Staate zu gelangen. Es wiederholt sich in den Parteien, was oben vom Staat gesagt wurde, es herrscht die Bürokratie, in diesem Falle die Parteibürokratie über die Masse. Dann versteht man so scharfe Urteile, wie etwa das des Bischofs W. E. von Ketteler: „Unter dem Schein der Volkssouveränität macht er (der Liberalismus) das Volk zu einer willenlosen, von ihm geleiteten und mißbrauchten Masse. Das Mittel aber, um dieses Trugsystem durchzuführen, sind die Wahlen ... Sein Recht ist vor allem das Wahlrecht, das heißt, alle paar Jahre ... einen Namen auf den Wahlzettel zu schreiben und sich seine Zuchtmeister selbst zu wählen. Von da an sorgen diese im Namen des Volkes für alles, und was sie in Ausübung ihrer Allmacht bestimmen, ist dann Volkswille, Volkssouveränität und Volksfreiheit.“¹⁴

Diese Entartung des Parteiwesens war es doch vor allem, die viele der Weimarer Republik innerlich entfremdete.

Demokratie und Demokratie ist also nicht schlechthin das gleiche, und nicht alles, was sich unter dem Namen Demokratie anbietet, wird man ohne weiteres annehmen können. Die liberalistische Demokratie können wir Christen tatsächlich nicht bejahen, eine Demokratie ohne wahre Autorität, eine Demokratie, die sich aufbauen möchte auf Masse statt auf organisch gegliedertem Volk, eine Demokratie der Freiheit auch für das Böse im öffentlichen Raum. Um der Demokratie selbst willen können wir eine solche Demokratie nicht wollen. Und wir können die bloße Scheindemokratie nicht bejahen, die unter Vorspiegelung demokratischer Formen in Wirklichkeit eine Oligarchie ist (und zwar keine Aristokratie, keine Herrschaft der Besten!).

Die Demokratie aber, die wir wirklich mit dem Herzen bejahen können, ist uns noch nicht gegeben, sondern als Aufgabe gestellt. Ansätze sind da, aber diese Ansätze müssen noch entwickelt werden.

Wir Deutschen haben einen nationalen Charakterfehler — andere Völker haben die ihren —: wir neigen zur Romantik, zur Träumerei darüber, wie

¹⁴ W. E. v. Ketteler: „Freiheit, Autorität, Kirche“, zitiert nach W. Hasbach: „Die moderne Demokratie“, Jena 1912, S. 431. Dort noch weitere, sehr scharfe zeitgenössische Urteile über die Demokratie, besonders S. 587, Fußnote.

alles doch so ganz anders sein sollte. Wir neigen zu „totalen“ Lösungen, die doch im Grunde nichts anderes sind als Lösungen der Ungeduld.¹⁵

Das Paradies auf Erden wird es nie geben, das ist eine christliche Überzeugung. Auch das mittelalterliche Kaisertum, — das man so gerne anführt, als wäre „das mittelalterliche Kaisertum“ eine bestimmte Sache, während es in Wirklichkeit doch so verschiedene Zeiten gekannt hat — war kein Paradies. Auch die Demokratie wird keines sein. Aber haben wir nicht die Aufgabe, die Staatsformen zu schaffen, die wenigstens die besten Voraussetzungen dafür bieten, daß freie Menschen in Zufriedenheit leben können und nicht zu Sklaven herabgewürdigt werden? Wird man das durch Träumereien schaffen oder durch Klagen darüber, daß einem manches nicht gefällt? Es gilt, ein klares Richtbild vor Augen zu haben, zu wissen, was man eigentlich will, um dann mit Klugheit, mit Besonnenheit, mit Zähigkeit, mit unverdrossener Kleinarbeit daran zu bauen. Demokratie ist nicht etwas, was schon fertig vorliegt und was man nur zu bejahen oder zu verneinen braucht. Demokratie, echte, wahre, auch uns Christen befriedigende Demokratie ist eine Aufgabe, die noch vor uns liegt.

Die Wiederentdeckung des Bösen in der modernen Literatur

Von E. M. LÜDERS

Die letzten Jahrzehnte haben ganz auffallend die Frage nach der Wirklichkeit und Seinsweise des Bösen in der Welt und im Menschen wieder aufleben lassen, nicht nur im engeren religiösen und kirchlichen Bereich; gerade vom modernen Leben und Denken her erheben sich immer wieder Probleme, die sich ohne die christlichen Begriffe des Teufels und der Erbsünde nicht lösen lassen. Wer unsern Weltzustand und den Menschen mit seinen inneren und äußeren Schicksalen nüchtern betrachtet, wird fast unausweichlich zu der Annahme gedrängt, daß dämonische Mächte über den Kopf des Menschen hinweg und trotz seines guten Willens die Welt in Verhängnisse hineintreiben und daß ein der menschlichen Natur innewohnendes Böse selbst gegen unsere bessere Einsicht eine schwer zu überwindende Herrschaft ausübt. Nachdem man zwei Jahrhunderte lang das Unheil in der Welt und die menschliche Bosheit als etwas mehr Zufälliges oder aber als eine vorübergehende Krankheit, eine ungesunde Belastung oder Beeinflussung gedeutet hat, erkennt man immer klarer, daß diese Erklärungen vor der Wirklichkeit nicht mehr standhalten.

Diese „aufgeklärten“ und „humanen“ Deutungsversuche haben etwas Blasses, Hilflozes, Unwirkliches, wenn man sich mit ihnen den Tatsachen des modernen Lebens nähert, in denen es so viel Ungeheures und Unbegreif-

¹⁵ Vgl. hierzu die sehr scharfen Ausführungen von Max Pribilla in „Deutsche Schicksalsfragen“, Frankfurt, Josef Knecht, Carolusdruckerei, 2. Aufl. 1950, S. 92 ff.